Ä1 Mobilität, Stadtplanung & Wohnen

Antragsteller*in: Dominik Heinrich (KV Trier)

Text

Mobilität

[[unverändert]]

Stadtentwicklung

Planungen zur Stadtentwicklung und Festlegungen zum Flächennutzungsplan sind langfristig angelegt und müssen unterschiedliche Szenarien berücksichtigen: Wachstum der Einwohnerzahlen, Stagnation und Schrumpfen. Dies betrifft den Flächenbedarf für Wohnungen, Gewerbe, Einzelhandel, Dienstleistungen, Nahversorgung, Infrastruktur, Schulen und Kitas.
Diese Entwicklungen und Bedarfe sind kontinuierlich zu eruieren und Grundlage kommunaler Entscheidungen. Die Belange des Klimaschutzes und des behutsamen Umganges mit der Stadtstruktur haben dabei für uns oberste Priorität.

Stadtplanung

Die geografischen und stadtklimatischen Gegebenheiten setzen dem Wachstum der Stadt Trier Grenzen. Im Stadtgebiet gibt es daher nur wenige große noch bebaubare Flächen. Das führt derzeit zu großem Druck auf dem Wohnungsmarkt und damit auch zu hohen Bau- und Mietpreisen. Um dem zu entgegnen befürworten wir die Nachverdichtung innerhalb des Stadtgebietes – sei es durch die Lückenschließung von unbebauten Grundstücken oder durch die Bebauung von Blockinnbereichen. Soweit dies städtebaulich vertretbar ist und die Maßstäblichkeit zur umgebenden Bebauung es zulässt ist die Aufstockung vorhandener Gebäude ein adäquates Mittel zur Schaffung neuen Wohnraums. Diese Nachverdichtungen dürfen allerdings nicht dazu führen, dass sie mit einer Minderung von Wohnqualitäten und Versiegelung von Freiflächen einhetrgehen. Wir werden daher darauf achten, dass bei Nachverdichtungen ausreichende Grünflächen, Baumpflanzungen und sickerfähige Flächen gefordert und negative Auswirkungen für die Bewohner vorhandener Nachbarbebauungen abgewogen werden. Für uns ist nicht der Profit der Investoren relevant, sondern die Wohn- und Lebensqualität der dort lebenden Menschen vorrangig.
So sehr wir diese Maßnahmen unterstützen, wird die Nachverdichtung allein nicht das Angebot an bezahlbaren Wohnraum gewährleisten können. Die zur Nachverdichtung geeigneten Flächen sind in Privatbesitz und die Stadt hat nur eingeschränkt die Möglichkeit, diese zu forcieren.

Neue Baugebiete werden wir daher nicht grundsätzlich ablehnen, wenn es um die Schaffung zusätzlichen Wohnraums geht. Voraussetzung ist jedoch, dass diese nicht nur städtebaulich vertretbar sind, sondern auch die Belange des Klimaschutz, der Ökologie, der Energieversorgung und autofreien Anbindung erfüllen.
Gerade weil in unserer Tallage die Flächen begrenzt ist, dürfen wir bei neuen Baugebieten den Fokus nicht auf flächenverbrauchende Einfamilienhäuser legen, sondern müssen „städtisch" denken. Wir wollen städtische Strukturen mit dichterer Bauweise und Mehrfamilienhäusern.

Der Architektur- und Städtebaubeirat ist wiederzuleben und bei sämtlichen, relevanten städtebaulichen und architektonischen Planungen einzubinden.

Wohnen in Trier

Trier ist eine attraktive Stadt. In den letzten Jahren konnten wir unsere Bevölkerungszahl stabil über der wichtigen Marke von 100.000 Einwohner*innen halten. Das ist nicht nur deshalb wichtig weil wir als „Großstadt" Ausgleichszahlungen Land und vom Bund bekommen, sondern auch weil wir in den letzten Jahren und voraussichtlich auch zukünftig erkennen, dass über die Zuwanderung aus benachbarten Kreisen, das Aufnahmezentrum für Flüchtlinge und Migration der Bedarf an Wohnraum eher steigt als sinkt.
Die von der Stadt Trier in Auftrag gegebene Wohnraumbedarfsanalyse zeigt eindeutig, dass wir in unserer Stadt günstigen Geschoßwohnungsbauten brauchen, die für Familien und Singles geeignet sind.

Mit den vom Stadtrat beschlossenen Flächennutzungsplan und den darin enthaltenen Baugebieten sowie den innerstädtischen Nachverdichtungspotentialen kann dieser Bedarf gedeckt werden

Unsere konkreten Forderungen sind daher:
• Sowohl Nachverdichtung, als auch die Ausweisung von neuen Baugebieten müssen sich stets am aktuellen Bedarf orientieren und klimatische, verkehrliche und Nahversorgungsaspekte berücksichtigen.
• Der Fokus von Neubauten liegt beim geförderten Wohnungsbau für Familien mit mittlerem bis geringem Einkommen. Die Möglichkeiten einer Querfinanzierung durch höhere Einkommen sind auszuschöpfen.
• Trier stabilisiert seine Einwohnerzahl in den nächsten Jahren zwischen

110 und 120 tausend Einwohnern, in einer ausgeglichenen Alters- und Einkommensstruktur.
• Städtischer Grundbesitz sollte weiterhin in städtischer Hand bleiben. Der Bau von
Wohneigentume soll möglichst über Erbpacht geregelt werden.
• Wenn städtische Grundstücke oder Gebäude an Investoren vergeben werden, sollte nicht der Preis ausschlaggebend sein, sondern die Einhaltung von der Stadt vergebener Kriterien zu bezahlbaren Wohnraum und Klimaschutzmaßnahmen ausschlaggebend sein-
- Innovative Wohnformen (Mehrgenerationenhäuser, etc.) werden aktiv unterstützt.

• Genossenschaftlicher Wohnungsbau und der Erhalt von genossenschaftlichen Wohnungen wird durch attraktive Erbbauzinsen und durch aktive Beratung durch die Verwaltung unterstützt.
• [[Der Leerstand an Wohnungen wird beseitigt. Hier sind zum einen die Wohnungen in der Innenstadt zu nennen, die in der zweiten und dritten Etage leerstehen, aber auch die Wohnungen der bundeseigenen BIMA die schon viele Jahre nicht bewohnt sind.]] (Darauf haben wie als Stadt keine Einflußmöglichkeit!)
• Wir werden den Auftrag der städtischen „Wohnen in Trier“ dahingehend erweitern, dass nicht nur die bestehenden Wohnungen renoviert werden, sondern auch das Potential für zusätzliche Wohnungen genutzt wird.
• Vor jedem Abriss von Gebäuden mit städtischem Einfluss ist zu prüfen, ob aufgrund der bereits „ausgegebenen“ grauen Energie nicht eine Sanierung aus klimatischen Gründen sinnvoller ist. Sollte die Entscheidung zu einem Abbruch führen, ist die Möglichkeit einer Wiederverwertbarkeit der wiederverwertbaren Teile in die Kreislaufwirtschaft zu überprüfen.

Nachverdichtung begrüßen wir grundsätzlich, sofern sie die folgenden Kriterien erfüllt:
• Frischluftschneisen müssen zwingend erhalten bleiben.
• Es muss genügend Fläche für Begrünung, Versickerung, Spielen etc. übrigbleiben.
• Der Maßstab zur umgebenden Bebauung muss beachtet werden (Höhe der Bebauung, Baumassenzahl, Abstandsflächen).
• Auch bei Nachverdichtung muss auf die Qualität des Wohnraums geachtet werden.

Bei Neubaugebieten fordern wir:
• Wir GRÜNE sagen weiterhin Nein zu einem Neubaugebiet Brubacher Hof.
• Falls eine Nachverdichtung für die Nachfrage nach Wohnraum nicht

ausreicht und Neubaugebiet ausgewiesen werden sollen, sprechen wir GRÜNEN uns für das Gebiet Langenberg aus.
• Wir befürworten den Vorrang für flächensparende städtische Bebauung mit Mehrfamilienhäusern in Neubaugebieten.
• Scheinbar für Wohnen ungeeignet scheinende Flächen z.B. an Gleisen, Hauptverkehrsstraßen, oder ehemalige stadtnahe Gewerbeflächen können durch eine Mischnutzung von Wohnen und Arbeiten für Wohnen erschlossen werden. Dabei ist das „Urbane Gebiet" als neue Instrument des Baugesetzbuches anzuwenden. (

Klimafolgenanpassung

Die Klimakrise führt zu Veränderungen, die Städte wie das an der Mosel und in einem Talkessel gelegene Trier vor große Herausforderungen stellen. Risiken für die Bewohner, die kommunale Infrastruktur oder das Stadtgrün werden durch hochsommerliche Extremtemperaturen, starke Niederschläge, Hochwasser, Dürreperioden und Stürme weiter steigen. Von großer Bedeutung für das Stadtklima sind neben den städtebaulichen Rahmenbedingungen auch die Kalt- und Frischluftproduktionsflächen innerhalb des Stadtgebietes. Ziel muss es sein, städtebauliche Konzepte im Sinn von Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu entwickeln und umzusetzen, um so auf eine Verminderung der klimabedingten Risiken in der Stadt und für die Stadt wie zum Beispiel Hochwassergefahren für Bevölkerung und Infrastruktur hinzuarbeiten.

Wir fordern konkret:
• Wir setzen uns ein für eine höhere Lebensqualität in der Innenstadt und den Stadtteilen. Dazu sollen Flächen entsiegelt, Versickerungsflächen angelegt und Bäume gepflanzt werden
• Umbau von Trier zu einer Schwammstadt: In einer Zeit zunehmender Dürreperioden, aber auch von Starkregenereignissen darf Regenwasser nicht mehr „so schnell wie möglich" abgeleitet werden. Stattdessen muss das Wasser vor Ort aufgenommen und gespeichert und sein Ablauf möglichst verzögert werden, um nachfolgende Kanäle und Gewässer nicht zu Überlasten. [[Einfache Beispiele sind
Entsiegelung, Dach- und Fassadenbegrünungen oder
Regenwasserzisternen für Brauchwasser.]] (Das hat mit „Schwammstadt" nichts zu tun).
• Wir GRÜNE setzen und dafür ein, dass Freiflächen naturnah gestaltet werden, statt sie zu versiegeln.

Stadt am Fluss

Trier ist eine Stadt am Fluss, doch wird die Mosel nicht wahrgenommen und das Potential der Uferflächen nicht genutzt. Der Bereich Zurlauben zeigt den richtigen Weg.

Für die Vision einer Stadt am Fluss müssen die Stadtteile links und rechts der Mosel inhaltlich verwoben und die Uferpromenaden attraktiver werden. Der Wettbewerb für das Römerbrückenumfeld darf nicht in Schubladen verschwinden. Das betrifft zukünftig die Umgestaltung der Römerbrücke und die Aufwertung des östlichen Brückenkopfs. Deren Realisierung muss trotz leerer Kassen langfristig angestrebt werden. Die Themen „Stadt am Fluss“, „Soziale Stadt Trier-West“ sind ganzheitlich zu betrachten. Das riesige Gelände zwischen der Eurener Straße bis zur Mosel und vom alten Trier-Wester Bahnhof bis zum Ausbesserungswerk harrt einer sinnvollen Umnutzung. Das von der Stadtratsmehrheit definierte Ziel, diese Brachen vorwiegend für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe umzuwidmen, führt in die falsche Richtung. Diese Flächen müssen mit den Schwerpunkten Wohnen, Kultur und Tourismus entwickelt werden.

Wir GRÜMNE fordern für die nächsten 5 Jahre:
• Verbesserte Anbindung für Fußgehende und Radfahrende an die Mosel. Radverkehr).
• Aufenthaltsqualität durch saisonale Bars/Cafes entlang des Moselufers, Sitzmöglichkeiten und Grillplätze.
• Sichtachsen auf die Mosel und insbesondere auf das UNESCO-Weltkulturerbe Römerbrücke
• Ausreichende und energiesparende Beleuchtung der Fuß- und Radwege zur Minderung von Angsträumen.

Denkmalpflege

Die Stadtstruktur ist der schützenswerte Fingerabdruck einer Stadt. Es sind nicht die Einzeldenkmäler, die eine Stadt prägen, sondern Straßenzüge, Gebäudeensembles, Plätze, Grünflächen und Vorgärten. Diese gewachsenen Maßstäbe sind zu schützen und nicht zu sprengen. Wir fordern einen behutsamen Umgang mit dem baulichen Erbe. Die Denkmalpflege darf sich nicht nur auf den Erhalt von Fassadenelementen beschränken. Die Empfehlungen des Denkmalpflegebeirat und der

denkmalpflegerisch tätigen Vereine sind in Genehmigungsverfahren stärker zu beachten. Um Trieren und Touristen Bedeutung und Umfang des baulichen Erbes deutlich zu machen, sind alternativen zu den herkömmlichen Touristenpfaden anzubieten und auszubauen.

[[Das einzigartige UNESCO-Weltkulturerbe der Trierer Altstadt auch für zukünftige Generationen zu erhalten,
das Wissen darüber zu mehren und zu verbreiten und Triers Vergangenheit archäologisch zu erforschen und
zu dokumentieren, sind uns wichtige Anliegen. Entsprechend ist es für uns zentral, dem Denkmalschutz in
der Abwägung mit anderen Interessen stets eine sehr hohe Priorität einzuräumen und die Denkmalpflege mit
den dafür notwendigen personellen und technischen Ressourcen und ordnungsrechtlichen Mitteln
auszustatten. Denkmalschutz beinhaltet für uns auch Erhalt und behutsame Entwicklung schützenswerter
Industrie- und Gewerbedenkmäler wie etwa die Kellerei in der Gilbertstraße, sowie den Erhalt und die Pflege
historischer Parkanlagen, Gärten und Alleen.

Wir fordern konkret:
• Die frühzeitige Information von Denkmaleigentümern, deren Beratung und Begleitung bei baulichen
Maßnahmen ist für einen aktiven Denkmalschutz unerlässlich und für die Akzeptanz seiner Anliegen
elementar.
• Die Stadt Trier braucht eine flächendeckende Untersuchung schützenswerter Architektur und
städtebaulicher Strukturen jüngerer Zeitschichten, auch außerhalb der Trierer Altstadt.
• Dem aktiven oder passiven Denkmalverlust durch illegale Maßnahmen oder bewusstes verfallen lassen
wollen wir durch eine auch hierfür fachlich gut aufgestellte Denkmalpflege entgegentreten.
• Wir Grünen wollen Ensembles wie etwa auch das Grünflächenamt (Nutzung für Wohnen, Soziales,
Gemeinschaft) und das Stadtbild besser schützen.
• Wir brauchen ein Gesamtkonzept für Denkmäler, keine reine Fassadenerhaltung.
• Die Anliegen des Denkmalschutzes sollen künftig durch aktives Handeln

im Wege von Ersatzvornahmen
durchgesetzt werden.
• Das Verständnis für und die Kenntnis über den Denkmalschutz soll durch geeignete Maßnahmen
verbessert werden.
• Wir wollen die Anforderungen an den Denkmalschutz und Klimaschutz zusammenbringen. Dafür soll von
Fall zu Fall eine gemeinsame Lösung der Fachbereiche entwickelt werden.]]
(Fast alle Punkte sind gängige Praxis und müssen nicht gefordert werden!?

Begründung

Dominik hat diese geänderte Version am Freitag, dem 10.11. eingereicht. Teilweise hat Dominik Begründungen direkt in den Text eingefügt (siehe dort)